

Änderungsantrag
(zu Drs. 16/888 und 16/1184)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 07.05.2009

Eine Region stellt sich vor: Erwartungen aus Niedersachsen an das neue Europäische Parlament

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/888

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien
- Drs. 16/1184

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Erwartungen aus Niedersachsen an das neue Europäische Parlament

EntschlieÙung

Mit der diesjährigen Europawahl steht zugleich das 30-jährige Jubiläum der Wahl zum Europäischen Parlament an. Allerdings weist eine vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung nach wie vor auf Demokratiedefizite innerhalb und Akzeptanzprobleme gegenüber der Europäischen Union hin. Ähnliches offenbarte sich in den Plebisziten zum Europäischen Verfassungsentwurf. Das Niederländische „Nee“ und das Französische „Non“ zeigten klare Voten der Bevölkerung, die sich offenkundig in dem von Politikern forcierten Europabauplan nicht ausreichend vertreten sahen. Eine entsprechende Kritik, die die Dominanz der Wirtschaft zulasten sozialer Rechte thematisierte, wurde vielerorts formuliert, nicht zuletzt durch den Europäischen- und Deutschen Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft ver.di sowie andere deutsche und europäische Einzelgewerkschaften.

Weitere Referenden innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten wurden nicht mehr durchgeführt bzw. waren - wie in der Bundesrepublik Deutschland - gar nicht vorgesehen. Zum Vertrag von Lissabon, der in weiten Zügen die Inhalte des zuvor gescheiterten Verfassungsentwurfs kopiert, wurde lediglich in Irland ein Referendum durchgeführt. Auch hier lautete die Antwort der Bevölkerung „No“.

Dabei ist die sichtbar mangelnde Akzeptanz keineswegs primär auf einen jeweiligen antieuropäischen Nationalismus zurückzuführen. Eine zentrale Ursache der mangelnden Akzeptanz dürfte vielmehr in der fehlenden aktiven Integration der Menschen in die politischen Prozesse erkennbar sein. Ein Umstand, der einer demokratischen Legitimierung im Wege steht.

Als zweitgrößtes Flächenland und viertgrößtes Land nach Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik Deutschland stellt Niedersachsen 10 % der deutschen Parlamentsvertreter im Europaparlament. Auch in Niedersachsen gibt es europaskeptische Ansätze in weiten Teilen der Bevölkerung. Neben der strukturellen Unübersichtlichkeit der EU-Gremien gibt es grundlegende Kritik bezüglich der Sozial- und Demokratiedefizite. Aus beiden Aspekten zusammen resultieren zudem allgemeine Ressentiments. Dieses tendenziell negative Bild wurde durch konkrete EuGH-Urteile untermauert, die deutliche Konsequenzen für die Landespolitik in Niedersachsen haben und wirtschaftliche Freiheiten zulasten von öffentlichen Interessen bzw. Arbeitnehmerinteressen forcierten (Rüffert, VW-Gesetz).

Vor diesem Hintergrund richtet der Niedersächsische Landtag an das neu gewählte Europäische Parlament folgende Wünsche, Anregungen und Erwartungen:

1. Soziales Europa

Ein strukturelles Grundproblem der mangelnden Europa-Akzeptanz liegt in der unzureichenden Verankerung sozialer Rechte in der EU. Im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Freiheiten - denen, wie dies auch diverse EuGH-Urteile zeigen, höchste Rechtspriorität zugeordnet wird - stehen soziale Rechte an nachgeordneter Stelle.

Der Niedersächsische Landtag bittet das Europäische Parlament,

- die Idee der vom Europäischen Gewerkschaftsbund eingeforderten sozialen Fortschrittsklausel aufzugreifen und ihre primärrechtliche Implementierung zu unterstützen. Dabei ist die Festlegung des Vorrangs der sozialen Grundrechte gegenüber den wirtschaftlichen Freiheiten von elementarer Bedeutung.
- die bereits im sogenannten Zimmer-Bericht angedachte europaweite Einführung armutsfreier Mindestlöhne weiter zu forcieren.

2. Integratives Europa

Ein demokratisch-legitimiertes Europa bedarf der Identifikation der Bevölkerung mit Europa und muss die Menschen in Entscheidungsprozesse einbeziehen.

Der Niedersächsische Landtag bittet das Europäische Parlament,

- die demokratische Beteiligung der Bevölkerung auf allen Ebenen zu fördern und dabei insbesondere den Ausbau von Plebisziten anzustreben.
- den Weg stringent fortzusetzen, den das Europaparlament im Bereich der Inklusion von Menschen mit Behinderung unter anderem durch die Antidiskriminierungsrichtlinie eingeschlagen hat. Als substanzielle Grundlage des Ausbaus von gesellschaftlicher Teilhabe muss weiter auf eine umfassende Barrierefreiheit auf den unterschiedlichen Ebenen hingewirkt werden (Wege und Gebäude, ÖPNV, Web-Bildtextgrößen, Gehörlosen-Untertitel im TV, usw.). Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Einführung eines europaweit einheitlichen Schwerbehindertenausweises.
- dazu beizutragen, die Integration von Migrantinnen und Migranten zu verbessern.
- den Austausch zwischen europäischen und internationalen Jugendgruppen weiter zu fördern und hierzu pädagogische Konzepte der politischen Partizipation zugrunde zu legen. Besondere Berücksichtigung und finanzielle Unterstützung sollten Kinder und Jugendliche finden, denen es aufgrund ihrer sozialen Herkunft ansonsten nicht möglich wäre, an entsprechenden Projekten teilzunehmen.

3. Zukunftsindustrie/nachhaltige Beschäftigungspolitik in Europa

Über viele Jahrzehnte waren Industriearbeitsplätze in der Stahl-, Pkw- und Elektroindustrie der Zentralnerv der europäischen Beschäftigungsstruktur. Nicht erst mit der Weltwirtschaftskrise ist deutlich geworden, dass industrielles Wachstum begrenzt ist, wie sich zum Beispiel an den weltweiten Überkapazitäten in der Automobilproduktion zeigt.

Negative ökologische Folgen der Industrialisierung haben in der politischen Diskussion einen zu niedrigen Stellenwert. Wie existenziell sich dabei ungelöste Probleme zuspitzen können, zeigt sich besonders drastisch im „Endlagerland“ Niedersachsen am Beispiel des Problems Atommüll.

Zudem wirft der hohe Stand der industriellen Rationalisierung neue Fragen zum Thema Arbeitszeit und Arbeitnehmerbeteiligung auf.

All das verdeutlicht, dass für ein modernes und besseres Europa neue Wege beschritten werden müssen.

Der Niedersächsische Landtag bittet das Europäische Parlament,

- jene Industriezweige besonders zu fördern, die eine nachhaltige Zukunftsperspektive sowohl auf ökonomischer als auch auf ökologischer Ebene versprechen. Beispielsweise sollte der regionale Ausbau und die wissenschaftlich-technische Optimierung der Windenergiebranche über die aktuellen Zuschüsse aus dem europäischen Konjunkturpaket hinaus weiter und intensiver gefördert werden.
- das bestehende VW-Gesetz als ein Vorbild öffentlicher Beteiligungsmodelle und Mitbestimmungsmodelle auch für andere Firmen und Branchen zu verstehen und die Übertragung dieses Modells auf weitere Firmen und Branchen politisch zu ermöglichen und zu fördern.
- Vorgaben zu entwickeln, die weg von der Atomkraft und dem Neubau von Kohlekraftwerken führen und stattdessen erneuerbare Energien noch intensiver als bisher fördern.
- den europäischen Landwirten unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Viehzucht und Agrarproduktion eine stabile Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Wesentliche Stichworte sind: Qualitäts- statt Massenproduktion, die Förderung regionaler Absatzmärkte und eine flexible Milchmengenregelung zur Mindestgewährleistung kostendeckender Erzeugerpreise.

4. Verkehrsnetze in Europa

In den vergangenen Jahrzehnten ist sowohl der individuelle Personenverkehr als auch insbesondere der Warenverkehr unter beträchtlichen Zuwachsraten stetig angestiegen. Während dabei die Binnenwasserwege zunehmend weniger frequentiert wurden und die Schienenwege in Teilstrecken an ihre Auslastungsgrenzen kamen, ist ein permanenter Ausbau der Straßen und eine stetig zunehmende Aus- und Überlastung von Straßenstrecken zu verzeichnen.

Niedersachsen hatte bis 1989 vornehmlich eine Nord-Süd-Belastung im Bereich des Straßenverkehrs. Mit dem Wegfall der innerdeutschen Grenze und dem Ausbau des Handels mit Osteuropa ging ein massiver Anstieg des Warenverkehrs in Ost-West-Richtung einher, der Niedersachsen zu einem Verkehrsknotenpunkt Europas machte. Aber auch andere Regionen Deutschlands und Europas sind von einem starken Verkehrsaufkommen betroffen, das besonders in Bezug zum Straßenverkehr die Anwohner vieler Orte und Städte sowie die Umwelt belastet.

Der Niedersächsische Landtag bittet das Europäische Parlament,

- eine Verlagerung des Verkehrs auf die Wasser- und Schienenwege zu forcieren und den Ausbau des Wasser- und Schienenverkehrs vor den Ausbau des Straßenverkehrs zu setzen (u. a. durch die Nicht-Stilllegung bzw. Wiederbelebung bestehender/ehemaliger Schienenwege, Förderung der Binnenschifffahrt).
- die Wirtschaftspolitik auf die Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen auszurichten. Dies soll vermeidbare Transporte verhindern, die einerseits den Verkehr, die Umwelt und die Menschen belasten und andererseits unnötig hohe Transportkosten verursachen. Anstatt beispielsweise unnötige Agrarexporte zu subventionieren, sollten besser die Agrarproduzenten höhere Erzeugerpreise erhalten, die Vorort den Einzelhandel beliefern.

5. Transparentes Europa

Um die Akzeptanz der Europäischen Union in der europäischen Bevölkerung zu erweitern und herrschenden Ressentiments entgegen zu wirken, bedarf es einer verbesserten Transparenz.

Der Niedersächsische Landtag bittet das Europäische Parlament,

- die rechtmäßige Forderung nach Offenlegung von Subventionsbezügen weiter zu betreiben und auftretendem Weigerungsverhalten einzelner Mitgliedsstaaten - wie im Falle Deutschlands bei den Agrarsubventionen - nachdrücklich entgegenzuwirken.

- Lobbyverbindungen zwischen Politik und Wirtschaft transparent zu machen. Es sollten nicht zuletzt Vorgaben erstellt werden, die eine umfassende Offenlegung verpflichtend machen und Verstöße dagegen drastisch sanktionieren.
- bei der Herausgabe von Publikationen auf eine gut verständliche Sprache zu achten, die es möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich eigenständig zu den entsprechenden Themen zu informieren. Besonders wichtig dabei ist, dass die Struktur der Europäischen Union mit ihren vielfältigen Gremien und Kompetenzebenen für die Menschen übersichtlicher und verständlicher wird.

Die Landtagsverwaltung wird gebeten, diese Entschließung nach der Europawahl den Mitgliedern des Europäischen Parlamentes in den EU-Arbeitssprachen zugänglich zu machen.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin